

Zwei Ställe für Hassel?

Gemeinderat diskutiert kontrovers über Bauvorhaben

Hemsbünde (sv). Seit Jahren befasst sich die Hemsbündler Politik mit zwei Bauvorhaben in Hassel: In dem kleinen Ort sollen ein Hähnchenmaststall für 39.500 Tiere und ein Quarantänestall für Rinder entstehen. Nun waren beide Anträge erneut Thema.

Schnell erledigt war das Thema von Hans-Günther Steins geplantem Hähnchenmaststall. Dort hatte die Gemeinde vor einiger Zeit das Einvernehmen verweigert. Bürgermeister Manfred Struck (SPD) sagte nun: „Vom Antragssteller ist uns zugesagt, dass er auf seine Kosten den Einmündungsbereich zum Hohen Feldweg ausbaut. Darum gibt es nun keinen Grund mehr, das gemeindliche Einvernehmen zu verweigern.“

Daraufhin votierten die Ratsleute mit fünf Ja-Stimmen und ebenso vielen Enthaltungen dafür, das Einvernehmen zu erteilen.

Kontroverser ging es in Sachen Rinderstall der Firma IM.CE zu. Der Unmut richtete sich dabei vor allem gegen den Landkreis, weil dieser in einem Schreiben an die Gemeinde von Ende November

verlangte, diese solle das Einvernehmen zu dem Vorhaben bis Ende Februar erteilen. Hintergrund ist, dass nun eine neue Bewertung des Stalls von der staatlichen Gewerbeaufsicht in Hildesheim vorliegt.

Doch die Unterlagen seien nicht ausreichend, war die nahezu einhellige Meinung. Lediglich Welf Delventhal (CDU) sagte: „Man kann darüber denken, wie man will. Im Endeffekt ist das auch ein landwirtschaftlicher Bauantrag. Der Antragssteller hat viele Gutachten vorgelegt. Irgendwann muss auch mal gut sein.“

Barbara Frömming (SPD) hingegen kritisierte: „Wir haben nur Entwürfe vom Planverfasser bekommen. Stellungnahmen von Wasserbehörde und Umweltamt fehlen. Ich finde es daher schwierig, über den Antrag zu entscheiden. Darum sollten wir das Einvernehmen nicht erteilen.“

Martin Hintelmann (WWH) stimmte zu: „Uns ging es ja auch immer um die Frage der Stickstoff-Emissionen. Das ist immer noch nicht geklärt, daher finde ich die Bewertung

etwas mau.“

Seine Parteifreundin Carolin Muschter kritisierte, dass geplant sei, dass das Niederschlagswasser auf dem Stall-Gelände – teils möglicherweise mit Ammoniak belastet – in einen Gemeinde-Vorfluter geleitet und dann über ein Nachbargrundstück in ein Gewässer geleitet werden soll.

Außerdem ließ Muschter kein gutes Haar an der Kreisverwaltung. Sie kritisierte, dass die Gemeinde nicht mal einen Monat Zeit hat, um das Einvernehmen zu erteilen. „Sonst will der Landkreis es ersetzen“, so Muschter, was Struck zur trotzigen Äußerung veranlasste, dann solle die Kreisverwaltung das tun. Außerdem sagte Muschter, die Kreisverwaltung habe der Gemeinde untersagt, die Bewertung Dritten zugänglich zu machen: „Damit wird uns die Möglichkeit genommen, das Schreiben prüfen zu lassen.“

Frömmings Vorschlag, einen Brief an den Landkreis zu verfassen, in dem nochmals auf offene Fragen hingewiesen werden soll, wurde dann bei zwei Enthaltungen und drei Nein-Stimmen von Seiten der CDU zugestimmt.